



Haus & Grund giert nach Profit

„Schauen Sie im Mietvertrag, ob Sie noch eine Chance haben, Ihre Miete zur ortsüblichen Vergleichsmiete zu erhöhen, versuchen Sie, Mieten schleichend in kleinen Schritten zu erhöhen.“ Das empfahl Kai Warnecke, Hauptgeschäftsführer des Vermieter-Lobbyvereins Haus & Grund (H&G), den etwa 1000 versammelten Immobilienbesitzern in Stuttgart.

Profite in Gefahr?

Warum diese Panik? Die Regierungskoalition hat eine kleine

Mietprelsbremse vereinbart. Ab 2014 dürfen die Bundesländer bestimmte Gegenden zum "angespannten Wohnungsmarkt" erklären. Bei Neuvermietungen dürfen Mieterhöhungen dort dann "nur" 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Außerdem dürfen Mieten alle drei Jahre statt um 20% lediglich um 15% steigen. Bisher konnten die Mieten laut

Mieterverein innerhalb von neun Jahren um 73% steigen, in Zukunft nur noch um 52%. Das bringt zu wenig Profit. Ulrich Wecker von H&G Stuttgart sagt es so: „Durch die Deckelung entsteht nicht mehr Wohnraum, sondern weniger, weil die Investition in Wohnraum durch die Bremse weniger profitabel wird.“

Zu wenig bezahlbarer Wohnraum

Die Lage der Stuttgarter Mieter ist inzwischen katastrophal. Die Mietsteigerungen sind den Lohnsteigerungen davon gelaufen. Familien mit einem durchschnittlichen Einkommen können sich nur noch 28% aller angebotenen Wohnungen leisten. Der Stuttgarter Normalverdiener muss inzwischen bis zur Hälfte seines Einkommens für Wohnkosten aufbringen.

Lösungen sehen anders aus

In Zeiten des Wahlkampfes wird OB Kuhn "aktiv". Dazu gehört Verbalkritik an H&G und die völlig unangemessene Kritik an der Internetplattform leerstandsmelder.de, die bestehenden Wohnungsleerstand in Stuttgart aufzeigen soll. Außerdem will man nun prüfen lassen, ob sich in Stuttgart eine Unterversorgung mit Wohnraum nachweisen lässt. Im aktuellen Wohnungsmarktbericht der

Stadt Stuttgart wurde allerdings behauptet, dass "der Wohnungsmarkt rein rechnerisch gesehen ausgeglichen ist".

So wird die Einführung eines

Zweckentfremdungsverbots für Wohnraum und eine Mietprelsbremse sicher nicht gefördert!

Als Krönung soll es einen von OB Kuhn ins Leben gerufenen Unterausschuss Wohnen geben, der "schon" im Sommer über weitere Initiativen debattieren soll.

Kapitalismus ist das Problem

Die Wurzel des Problems ist doch, dass im Kapitalismus Wohnraum eine Ware ist, die so profitabel wie möglich verkauft werden muss. Wohnen wäre aber eine Aufgabe gesellschaftlicher Daseinsvorsorge, die allen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellt.

Die DKP fordert: Mietprelsstopp für Stuttgart, Unterbindung von Leerstand, Schluss mit der Spekulation mit Grund und Boden, ein soziales Wohnungsbauprogramm der Stadt mit dem kurzfristigen Ziel, 10000 Wohnungen zu schaffen.

Wir wissen jedoch, dass sich auch die Wohnungsfrage letztlich nur durch den Bruch mit dem Profitsystem lösen lässt!

Wählen ist nicht genug!

Alle paar Jahre „sein Kreuz machen“, dazwischen schön ruhig sein und „die da oben“ machen lassen. So hätten es die Herrschaften aus Politik und Kapital gerne.

Doch mit der Bewegung um Stuttgart 21 hat sich in unserer Stadt einiges geändert.

Wie schallt's auf den Montagsdemos?

„Wessen Bahnhof? – Unser Bahnhof! Wessen Stadt? – Unsere Stadt!“

Dass wir aber doch noch nicht so weit sind, sieht man an der weiterhin voranschreitenden Zerstörung unserer Stadt. Und dass wählen nicht genug ist, haben wir schon des Öfteren gemerkt. Sonst hätte doch nach der Landtagswahl der Wahnsinn um S21 zu Ende sein müssen - oder zumindest nach der Wahl des neuen OB. Oder fällt jemandem etwas ein, das vor der Wahl versprochen und tatsächlich nach der Wahl auch gehalten wurde?

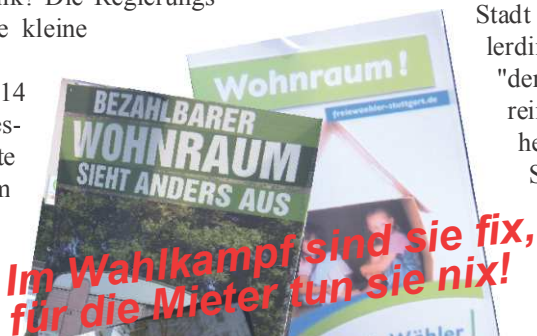
Oder die Polizei: Egal, ob CDU- oder SPD-Innenminister, sie prügelt auf Linke oder Antifaschisten ein und die Nazis dürfen demonstrieren. Bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden hält man sich auffallend zurück, es könnten ja noch mehr Verstrickungen von Polizei, Verfassungsschutz, Nazis und Kluks-Klan herauskommen.

Konsequente VertreterInnen der Interessen der arbeitenden Menschen in den Parlamenten können eine breite Bewegung unterstützen, aber nicht ersetzen. Wählen ist nicht genug, ein beherrschtes Eingreifen der Bürgerbewegung ist dringend notwendig. Der Druck der Straße muss stärker sein als der Druck der Kapitalinteressen. Denn wenn Wahlen etwas grundsätzlich verändern würden, wären sie mit Sicherheit verboten.

Gemeinderat gegen kostenloses Schulesen Seite 2

DKP unterstützt SÖS und Die Linke Seite 3

DKP und EU-Wahl Seite 4



Einladung:

MIETEN RUNTER!

Wohnen ist Menschenrecht!

Freitag, 16. Mai 2014, 19.00 Uhr

Zehntscheuer Zuffenhausen Zehnthof 1, Stadtbahn Kelterplatz oder Rathaus

**Eine Veranstaltung der DKP mit Franz Parteder (KPÖ)
zur Wohnungspolitik der Kommunisten in Graz**

Stuttgart zählt zu den teuersten Großstädten in Deutschland. Es gibt eine große Wohnungsnot, insbesondere bei preisgünstigen Wohnungen. Gleichzeitig gibt es Leerstand und eine verfehlte Baupolitik, die Büros und Luxuswohnungen fördert. Die heutigen Sanierungen führen zur Verdrängung der alteingesessenen MieterInnen. Die steigenden Kosten für Energie tun ihr übriges, dass viele Menschen in Stuttgart bis zur Hälfte ihres Einkommens fürs Wohnen aufbringen müssen.

Bei den Gemeinderatswahlen behaupten nun viele Parteien, sich um die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu kümmern.

Wie kann eine Wohnungspolitik im Interesse der Mieterinnen und Mieter aussehen? Dazu haben wir Franz Parteder von der KPÖ Graz eingeladen. Das Wohnungsressort der österreichischen Stadt wird seit einigen Jahren von der Kommunistin Elke Kahr geleitet. Es ist gelungen, auch mit dem Druck der MieterInnen etliche Verbesserungen zu erreichen. Die dortigen Erfahrungen wollen wir mit Vertretern der SÖS und der Linkspartei diskutieren.

Gemeinderat gegen kostenloses Schulessen

2,5 Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut. In Stuttgart sind es rund 16.000. "Man kann davon ausgehen, dass etwa 500.000 Kinder in Deutschland regelmäßig nicht ausreichend ernährt werden und immer wieder Hunger leiden", sagte der Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), Wolfram Hartmann. Mangel- und Fehlernährung führten zu chronischen Krankheiten.

Kinderfreundliches Stuttgart?

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Rote Kreuz, der Paritätische Wohlfahrtsverband und viele andere setzen sich daher für ein kostenloses Mittagessen an den Schulen ein.

In Finnland und Schweden ist es selbst-

verständlich, ein warmes Mittagessen an den Schulen umsonst anzubieten. In Deutschland haben Städte wie Zwickau, Bonn oder Potsdam ebenfalls ein Gratis-Schulessen eingeführt. Der Gemeinderat der reichen Stadt Stuttgart aber will das nicht.

Nach den Haushaltsberatungen Ende vorigen Jahres lehnten alle Parteien im Stadtrat den Antrag der Fraktionsgemeinschaft SÖS/Die Linke ab, ein kostenloses Mittagessen für bedürftige Kinder mit Bonuscard an Ganztagschulen einschließlich der Schülerhäuser abzugeben.

Wer hat die Verantwortung?

Kinder haben Anspruch auf die Bonuscard, wenn ihre Eltern arbeitslos oder



UZ - unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP

**marxistisch
kritisch
analytisch**



**Jetzt 4 Wochen
kostenlos probelesen!**

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

CommPress Verlag GmbH · Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Coupon einsenden oder per Mail schicken: info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 - 23 / - 24 Fax: 0201 - 17 78 89 - 28

Niedrigverdiener sind und Hartz IV beziehen. Sie können zum Preis von einem Euro am Schulessen teilnehmen. Für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren sind 2014 in der Hartz-IV-Leistung pro Tag 3,45 Euro für Essen und Trinken vorgesehen. Nach Abzug von einem Euro fürs Schulessen verbleiben für den Rest des Tages 2,45 Euro.

Die GRÜNEN begründeten ihr Nein damit, dass sie die „Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen“ wollen. Verantwortung für Kinderarmut durch Hartz IV tragen allerdings die GRÜNEN, die zusammen mit der SPD im Auftrag der Unternehmerverbände die Hartz-Gesetze eingeführt haben, um Arbeitslose in schlecht bezahlte Jobs zu zwingen.

Auch Haushaltsdebatten sind Klassenkampf. Wer da kämpft? Die politischen Parteien der Banken und Konzerne um den größten Anteil am Steuerkuchen und alle zusammen gegen die arbeitende Bevölkerung und ihre Kinder.

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. 27.05. und Di. 10.06., 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 03.06., 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

jeden 3. Donnerstag im Monat, 15.05. um 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

Die DKP Stuttgart unterstützt SÖS und DIE LINKE bei der Gemeinderatswahl

Manfred Jansen kandidiert auf Listenplatz 47 für DIE LINKE



Stuttgart ist eine reiche Stadt, in der viele arme Menschen wohnen. Das Eine bedingt das Andere.

Altersarmut, Kinderarmut, Hartz-IV-Armut, und, und, und ... Armut, Arbeitsarmut, die aus prekärer Beschäftigung und Niedriglohn entspringt, das alles hat System. Das System heißt Kapitalismus.

Die gleichen Parteien und Abgeordneten, die willfährig den Banken Aber-Milliarden schenken, verkünden im gleichen Atemzug die „Schuldenbremse“, mittels derer sie Sozialausgaben zusammenstreichen.

Die Enteigner der Bevölkerung lassen sich ihre Dienste oft genug mit unverschämte hohen Diäten bezahlen, darüber hinaus mit lukrativen Pöstchen, sonstigen (mehr oder weniger verdeckten) Korruptionsgeldern usw.

Auf Stuttgarter kommunaler Ebene erfolgt die Bereicherung der Superreichen mit Hilfe „der Politik“ z.B. über Stuttgart 21, Stützung der Landesbank durch städtische Finanzeinlagen, Steuergeschenke und Subventionen an Großkonzerne...

Als ehemaliger Betriebsratsvorsitzender, dessen Belegschaft Lohnkürzungen und Massenentlassungen kämpfend verhindert, Lohn- und Sozialdumping anderen Belegschaften gegenüber unterbunden hat, weiß ich: Dieses System kann man nicht abwählen. Die wahren Machtfragen werden jenseits von Wahl-Arithmetik entschieden.

Aber man/frau kann Parlamente nutzen, um Menschen zu helfen, die ihre Interessen kämpferisch in die eigene Hand nehmen wollen.

Und man/frau kann Sand in die (im wahrsten Sinn des Wortes) gut geschmierte Maschinerie streuen.

Das will ich tun. Deshalb kandidiere ich.

Günther Klein kandidiert auf Listenplatz 37 für SÖS



Stuttgart ist der Sitz von zwei der mächtigsten Automobilkonzerne. Gegen die Interessen von Daimler und Porsche hat noch keiner der Stuttgarter CDU-Oberbürgermeister Politik gemacht. Das scheint auch unter dem grünen OB Kuhn

so zu bleiben. Aber die Kommunalpolitik muss endlich in den Dienst der Menschen gestellt werden. Die Stuttgarter Bevölkerung will keine durch Feinstaub, CO2 und diverse Stickoxyde vergiftete Luft. Wir brauchen mehr und kostenlosen öffentlichen Nahverkehr - durch eine Nahverkehrsabgabe für die Unternehmen finanzierbar. Wir brauchen eine Stadt der kurzen Wege, gerade auch vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung.

Als Personalrat in einer der großen Dienststellen im Land kenne ich die Probleme der Beschäftigten genau. Die Lage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist drückend: Stellenabbau, Leistungsverdichtung, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, psychische Langzeiterkrankungen. Nur mit dem gemeinsamen Kampf von Gewerkschaften und Bevölkerung

kann dieser Entwicklung entgegen gesteuert werden.

Solange in Stuttgart eine Politik vorherrscht, die den Investoren die Stadt als Geldanlage anbietet, solange müssen wir uns die Leier anhören, es ist kein Geld da. Und das in einer der reichsten Kommunen Deutschlands! Deshalb müssen wir mit dieser Profitlogik brechen.

Mit Stuttgart 21 wird eine verheerende Stadterstörung betrieben. Das Mineralwasser wird gefährdet, der öffentliche Nahverkehr wird dauerhaft verschlechtert. Noch ist es möglich, das ganze Projekt zu stoppen. Derzeit werden für zwei Bürgerbegehren Unterschriften gesammelt.

Bei der Gemeinderatswahl kann den Tunnelparteien die rote Karte gezeigt werden.

Impressum
DKP Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart, Spendenkonto:
IBAN: DE03600501010002078906,
BIC: SOLADEST600

MACHT EUROPA ANDERS
FÜR EIN EUROPA VON UNTEN

KONFERENZ: SAMSTAG, 10. MAI 9³⁰
THEODOR-HEUSS-STR.2, STUTTGART

VERANSTALTUNGSREIHE
VON ENDE APRIL BIS ENDE MAI

DEMONSTRATION AM SAMSTAG, DEN
STUTTGART 17. MAI 12⁰⁰
LAUTENSCHLAGERSTR./HBF.

WIR ZÄHLEN NICHT
FÜR EURE KRISE!
STUTTGARTER KRISENBÜNDNIS

DKP kandidiert zur EU-Wahl

Bei der EU-Wahl wird erneut das Blaue vom Himmel herunterversprochen:

„Chancen für alle“, „Demokratie statt Bevormundung“ usw. usf. Dabei weiß jeder Informierte, dass das Gegenteil der Fall ist: Das EU-Parlament ist ein Schein-Parlament, es kann weder die EU-Kommission bestimmen, noch über den Haushalt entscheiden und nicht mal eigene Gesetzes-Initiativen einbringen!

Die wirklichen Entscheidungen trifft der Rat der Regierung-Chefs. Dabei haben die wirtschaftsstärksten Staaten das Hauptgewicht, allen voran Deutschland. So ist die EU ein Bündnis kapitalistischer Staaten mit wachsender deutsch-imperialistischer Dominanz!

Für die deutschen Banken und Konzerne, die Reichen und Superreichen ist das von Vorteil. Aber unsere Bevölkerungsmehrheit bezahlt die „Exportwalze“ der deutschen Industrie mit Niedriglöhnen, mit wachsender Massenarmut, mit sozialer Unsicherheit, prekären Arbeitsverhältnissen, Befristungen, Zukunftsgangst ...

NEIN zur EU der Banken und Konzerne!

Äußerst katastrophal wirkt sich die deutsche Überlegenheit auf die schwächeren Volkswirtschaften der Euro-

Zone v.a. im Süden und Osten der EU aus, z.B. in Griechenland, Portugal, Spanien ... Dort verbreitet sich furcht-

tischen und zunehmend auch militärischen Bereich, nach innen und außen! Die Zuspitzung in der Ukraine ist das jüngste gefährliche Beispiel. Es zeigt den imperialistischen Zwangscharakter der EU (siehe hierzu die Erklärung von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP bei www.news.dkp.de)

Kurz auf einen Nenner gebracht: Diese EU ist in ihrem Wesenskern nicht reformierbar zu einem „Europa der Völker“, zu einem „demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Europa“, wie es z.B. auch von der Linkspartei mit großen reformistischen Illusionen angestrebt wird.

Für diese Ziele, die auch wir wollen, muss mit den Macht- und Eigentumsstrukturen der EU gebrochen werden. Nur so können wir ein Europa erreichen, dass nach innen und außen solidarisch ist, auch mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas...

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Die aggressive Entwicklungstendenz der EU muss gestoppt werden! Das geht nicht in erster Linie mit dem Stimmzettel, sondern v.a. durch wachsende Widerstandskämpfe und Klassenkämpfe von unten, zuallererst hier in Deutschland, aber dann auch durch verstärkte EU-weite Koordination der Kämpfe und der Solidarität! Was kann die EU-Wahl bewirken? Alle Stimmen für die staatstragenden Parteien verstärken Illusionen, lenken von Ursachen ab, verschlimmern das Übel!

Auch wenn die DKP noch nicht ins Parlament kommt, so ist doch jede Stimme für uns das klarste Signal gegen diese EU der Banken und Konzerne.

Deshalb am 25.Mai bei der EU-Wahl: DKP wählen!



bares soziales Elend, bis zum Kampf ums nackte Überleben!

Von unseren Leitmedien wird behauptet, dass die mit Milliarden von Steuergeldern finanzierten „Rettungsschirme“ z.B. den hochverschuldeten Griechen helfen sollen. Doch tatsächlich landet von diesen Rettungs-Milliarden so gut wie nichts bei der jeweiligen Bevölkerung, sondern bei der Umschuldung z.B. des griechischen Staates, also bei der Zinsbedienung für ausländische und wieder v.a. für deutsche Großbanken – verbunden mit Sozial- und Lohnabbau infolge brutaler „Spar-Auflagen“!

Die EU wird somit immer mehr ein Gebilde der Aggression im sozialen, poli-

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP
27.-29. Juni 2014 • Dortmund Revierpark Wischlingen

Konstantin Wecker
Esther Bejarano & Microphone Mafia
Samstag, 28. Juni 2014,
20.00 Uhr auf der Hauptbühne

Kauft den Sozi-Button zur Finanzierung des Festes!

25. MAI 2014 | EUROPAWAHL
Knallrot gegen diese EU!

Peperoni—Freizeiten 2014
Pfingstcamp 7.—10. Juni
Ferienlager 2.—16. August

PEPERONI-
Sozialistische Kinderorganisation

Gemeinsam aktiv - Gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit!

- Lieder singen, Basteln, Spielen, Kochen und viele andere Aktivitäten erwarten euch im Ferienlager auf dem Jugendzeltplatz Saarhölzbach/Mettlach
- Vier Tage gemeinsam zelten im Pfingstcamp auf dem Jugendzeltplatz im Kirnbachtal (Schönbuch)

Kontakt: dreseag@t-online.de, erossade@t-online.de

www.rotepeperoni.de